

1. Der ungelöste Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist eine schwere Belastung nicht nur für die unmittelbar betroffenen Menschen in der Region, sondern für den Weltfrieden. Eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung ist längst überfällig, aber nicht in Sicht. Sie wird erst möglich sein, wenn die legitimen Interessen und Rechte der Palästinenser ebenso ernst genommen werden wie die legitimen Interessen und Rechte der Israelis.

Dazu waren bisher weder Israel selbst noch seine Schutzmacht USA noch die anderen westlichen Unterstützer, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, bereit. Stattdessen wurden Israels Verletzungen des Völkerrechts (fortgesetzte ethnische Säuberung, Siedlungsbau, Mauerbau, Abriegelung des Gazastreifens etc.) entweder stillschweigend geduldet oder offen unterstützt, politisch, wirtschaftlich, finanziell. Tatsächlich legitimierte man so das „Recht des Stärkeren“ und unterminierte den Gültigkeitsanspruch von Völkerrecht und Menschenrechten.

Solange sich Israel der Unterstützung durch seine „falschen Freunde“ (so der ehemalige Direktor des American Jewish Congress Henry Siegman) sicher sein kann, wird es an militärischer Gewalt als bevorzugter Handlungsoption festhalten, die Unterdrückung und Verdrängung der Palästinenser fortsetzen und sich ganz gewiss nicht von seiner „ethnischen Selbstdefinition“ (Robert Spaemann) verabschieden, die alle Nicht-Juden im Lande zu – allenfalls geduldeten – Fremden macht. Insofern sind die westlichen Regierungen zweifellos verantwortlich für die Fortdauer des zerstörerischen Konflikts.

2. Menschenrechte und Völkerrecht sind der einzig akzeptable Maßstab für die Bewertung des Nahostkonflikts und für die Verantwortlichkeiten der direkt oder indirekt Beteiligten. Die UN-Charta von 1945 und die Erklärung der Menschenrechte von 1948 (und alle nachfolgenden Konventionen) waren die Antwort der Völkergemeinschaft auf die Katastrophen der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, – sie sind das kostbare Vermächtnis, dessen Strahlkraft es unter allen Umständen zu erhalten und zu verstärken gilt.

Die Würde des Menschen, jedes Menschen, darf unter keinen Umständen zur Disposition gestellt werden – diese Einsicht haben die Autoren unserer Verfassung, unter dem Eindruck der eben erst erlebten Unmenschlichkeit, als unverrückbaren Orientierungspunkt zum ersten Artikel unseres Grundgesetzes gemacht. Das Menschheitsverbrechen des Holocaust verpflichtet alle Menschen – auch und gerade uns Deutsche – ohne Wenn und Aber für die Würde des Menschen einzutreten.

Nun wird aber in unserem Land, sobald Israel ins Spiel kommt, die „historische Verpflichtung“ der Deutschen auch ganz anders interpretiert – vorwiegend von den Vertretern des Establishment in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Medien. Da wird aus der jüngsten deutschen Vergangenheit die Verpflichtung abgeleitet, ohne Wenn und Aber die Politik Israels, des Staates der Opfer von gestern, zu unterstützen – unabhängig von ihren Inhalten. Zu den Verletzungen der Werte und Normen, für deren Unversehrtheit man eigentlich entschieden eintreten müsste, glaubt man schweigen zu müssen. Oder man übernimmt die israelischen Rechtfertigungsversionen wie Frau Merkel Ende Dezember 2008 anlässlich der Gaza-Invasion Israels: „Die Kriegsschuld liegt allein bei der Hamas“. Man behauptet, Israel und Deutschland seien durch gemeinsame Werte miteinander verbunden – „Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenwürde“ (so die Bundeskanzlerin in ihrer Rede vor der Knesset im März 2008) – eine Aussage, die durch einen Blick auf die israelische Realität sofort Lügen gestraft wird. Aber weil man – aus welchen Gründen auch immer – eine Korrektur der ideologischen Vorstellung von der „Wertegemeinschaft“ nicht vornehmen will, richtet man sich in der Unaufrichtigkeit ein und erhebt sie zur Norm. Die Folge: Die gerade in dieser Frage so notwendige offene öffentliche Debatte findet bei uns nicht statt. Auffällig ist das Schweigen unserer kritischen Intellektuellen zu diesem Thema. Sie sind anscheinend nicht gewillt, den Pflichten ihres Wächteramtes nachzukommen. Das alles ist nicht gut für die politische Kultur, das geistige Klima und das moralische Bewusstsein in unserem Lande.

3. Der Anstoß zu einer aufrichtigen und deswegen zukunftsfähigen Politik muss offenbar von der Zivilgesellschaft kommen. Zwischen Israelfans um jeden Preis und alten und neuen Antisemiten gibt es in unserer Gesellschaft eine Mehrheit demokratisch geprägter Bürgerinnen und Bürger, die der oben unter Ziffer 1 und 2 skizzierten Lagebeurteilung im Prinzip vermutlich zustimmen können.

Wir, der Arbeitskreis Palästina – Israel, sehen unsere vordringliche Aufgabe darin, *diesen* Zeitgenossen – sofern sie daran interessiert sind – seriöse Informationen und sachgerechte Analysen zum Thema Palästina/Israel zugänglich zu machen, so dass sie sich unabhängig von den gängigen Informationen und Interpretationen unserer Meinungsmacher in Politik und Medien, also unabhängig von der in der Regel verbreiteten offiziellen israelischen Sichtweise, ein fundiertes Urteil bilden können. Wir möchten einen allgemeinen Lernprozess in Gang bringen helfen, der die Menschen immer besser befähigt, in unserer Gesellschaft den Mund aufzumachen und mit der nötigen Sachkenntnis und Unbefangenheit für die Respektierung von Menschenrecht und Völkerrecht in Palästina und Israel einzutreten und so zu dem längst fälligen Bewusstseinswandel in unserem Lande beizutragen.

Im Rahmen unserer aktuellen Veranstaltungsreihe „ISRAEL – Mythos und Wirklichkeit“ soll – jenseits aller Polemik und Rechthaberei – mit Hilfe von ausgewiesenen Fachleuten das gängige Israelbild anhand überprüfbarer Fakten entmythologisiert und korrigiert werden. Es geht dabei nicht darum, die gängige pro-israelische Parteilichkeit einfach durch eine anti-israelische oder pro-palästinensische zu ersetzen. Mit den üblichen Grabenkämpfen ist niemandem gedient. Es geht um die Ermittlung der Wahrheit. Es geht um einen Lernprozess, in dessen Verlauf jeder seine Begriffe überprüfen, seine Sachkenntnis verbessern und zu friedensdienlichen Erkenntnissen und Einsichten gelangen kann. Mit dieser unabhängigen politischen Bildungsarbeit zu dem zentralen Thema Nahost erfüllen wir – davon sind wir überzeugt – eine notwendige Aufgabe in der Zivilgesellschaft.

4. Menschen, die an einem solchen Lernprozess interessiert sind, können sich in unseren Verteiler aufnehmen lassen, indem sie uns ihre e-Mail- oder Postadresse geben. Wir informieren sie dann über die von uns organisierten und inhaltlich vorbereiteten Veranstaltungen und schicken ihnen dazu ausgewähltes Informationsmaterial. Im Abstand von etwa sechs Wochen laden wir sie zu unseren Foren ein, das sind Fortbildungsveranstaltungen, auf denen jeweils ein bestimmter Aspekt des Nahost-Themas behandelt wird – in Referaten, Vorträgen, Filmen und Meinungsaustausch. Darüber hinaus holen wir zu öffentlichen Vorträgen kompetente ReferentInnen nach München, mit denen wir in der Regel am nächsten Tag ein Seminar zur Vertiefung des Themas durchführen. Wer sich aktiver an der Arbeit des Vereins beteiligen möchte, kann die Mitgliedschaft beantragen. Es gibt auch die Möglichkeit, unsere Arbeit als förderndes Mitglied finanziell zu unterstützen. Unsere Homepage als Online-Infodesk befindet sich im Aufbau.

Nachbemerkung: *Dass bei unserer Arbeit die israelische Politik (nicht Israel!) und ihre ideologischen Grundlagen in die Kritik geraten, ist nach Lage der Dinge unvermeidlich. Unsere wichtigsten Gewährsleute sind Persönlichkeiten aus Israel oder europäische und amerikanische Juden, die allesamt nicht der Hass auf Israel treibt (oder der angeblich jüdische „Selbsthass“). Aber sie haben sich aus dem Käfig der ethnozentrischen Ideologie befreit (oder haben da nie dringesteckt), und/oder haben sich von dem Diktat der „trauma-induzierten jüdischen Paranoia“ (Avigail Abarbanel) emanzipiert (oder waren nie davon betroffen). Aus welchen Gründen auch immer – sie sind in der Lage, zu erkennen, auf welchem „Irrweg“ (Rolf Verleger) sich der Staat Israel befindet, und das bringt sie – um mit Heine zu reden – um den Schlaf.*

salam shalom ARBEITSKREIS PALÄSTINA – ISRAEL E.V.

Kontakte: Christoph Steinbrink, Paganinstr. 9, 81247 München christoph.steinbrink@freenet.de
Jürgen Jung, Bachgrund 5, 85276 Pfaffenhofen juejung@online.de
Eckhard Lenner, Rottenbucher Str. 3 A, 82166 Gräfelfing eckhard.lenner@googlemail.com

www.salamshalom-ev.de · e-Mail: salamshalom.ak@googlemail.com

Spendenkonto: Salam Shalom · Arbeitskreis Palästina – Israel e.V.

Kto.Nr.: 10 01 26 13 69, Stadtparkasse München, BLZ: 701 500 00